



Amtsblatt

**Das Amtsblatt finden Sie
auch im Internet unter
www.velbert.de**

Nr.26/2013 vom 16. Oktober 2013 – 21. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis:

	(Seite)	
Bekanntmachungen	3	Öffentliche Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie
	6	Beschlussfassung über die Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch mit einer Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 132.01 – Bonsfelder Straße / Hüserstraße –
	8	Bebauungsplan Nr. 306 – Untere Hohlstraße – 2. Änderung als Satzung
	11	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung als Satzung
	14	Bebauungsplan Nr. 442 - Elsbecker- / Elberfelder Straße -als Satzung
	17	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung als Satzung
	20	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 502.01 – Kirchstraße/ Schubertstraße – als Satzung
	23	Bekanntmachung vom 04.10.2013 über den Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – als Satzung
	26	Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung als Satzung
	29	Bebauungsplan Nr. 605a - Am Berg – 3. Änderung als Satzung
	32	Bebauungsplan Nr. 605a - Am Berg – 4. Änderung als Satzung

Das Amtsblatt erscheint mindestens 1 X im Monat (pro Jahr ca. 20 Ausgaben) und ist erhältlich bei der Stadt Velbert, Büro des Bürgermeisters
Bezugsgebühr jährlich inklusive Porto 40,- Euro
(Einzelexemplar 2,- Euro)

Herausgeber: Stadt Velbert – Der Bürgermeister
Verantwortlich: Büro des Bürgermeisters, Hans-Joachim Blißenbach,
Thomasstraße 1, 42551 Velbert,
Telefon: 02051/262207

-
- 35 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 631 - Obere Flandersbach Süd - 1. Änderung als Satzung
 - 37 Beschlussfassungen über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 22.09.2009 sowie die Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch des Bebauungsplanes Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord –
 - 40 Beschlussfassung über die Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch Bebauungsplanes Nr. 643.03 - Am Lindenkamp / Rosenkamp
 - 43 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - 1. Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
 - 46 Bekanntmachung vom 04.10.2013 über den Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/ Schloß-/ Schulstraße - als Satzung
 - 48 Beschlussfassung der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 676 - Nordstraße West -
 - 51 Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 689 - Post-/ Offer- /Nedderstraße -
 - 54 Bebauungsplan Nr. 751 – Am Wasserfall – als Satzung
 - 57 Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 830 – Marthastraße / Elisabethstraße
 - 60 Technische Betriebe Velbert AöR - Jahresabschluss 2012
 - 62 Öffentliche Ausschreibungen
 - 63 Aufnahme in die Grundschulen der Stadt Velbert zum 01.08.2014
 - 65 Öffentliche Zustellungen

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
über die öffentliche Auslegung des
Entwurfes der 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie -**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 30.09.2013 folgenden Beschluss gefasst:

1. Dem Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - Konzentrationszonen Windenergie - einschließlich der Begründung und der in Kapitel II der Begründung dargestellten Abwägung zu den zur frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen wird zugestimmt.
2. Der Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - Konzentrationszonen Windenergie - mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - Konzentrationszonen Windenergie - ersetzt bei Wirksamwerden in ihrem Geltungsbereich die Darstellungen des derzeit wirksamen Flächennutzungsplanes.

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigelegten Karte ersichtlich.

Ziel der Planung ist es, die bisher im Flächennutzungsplan dargestellten Konzentrationszonen für Windenergieanlagen aufzuheben, so dass zukünftig eine einzelfallbezogene Betrachtung potenzieller Standorte zu erfolgen hätte.

Der Entwurf zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans liegt gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Begründung und Umweltbericht in der Zeit

vom **30.10.2013** bis einschließlich **29.11.2013**

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

Montag	8.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch	8.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag	8.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	8.00 bis 12.00 Uhr

im Rathaus, Gebäude Thomasstr. 7, 42551 Velbert öffentlich aus.

Eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch wurde durchgeführt. Da im Flächennutzungsplan zukünftig keine Konzentrationszonen mehr enthalten sein sollen, erfolgt im Umweltbericht eine generelle Bewertung möglicher Auswirkungen von Windenergieanlagen auf die umweltrelevanten Schutzgüter für das gesamte Stadtgebiet. Es sind folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar:

Angaben zu Natur und Landschaft, Biotop- und Artenschutz, Boden, Wasser, Luft und Klima sowie Kultur- und Sachgüter. Hinsichtlich der Betrachtung des Schutzgutes Mensch liegen Informationen hinsichtlich Lärmimmissionen sowie einer Beeinträchtigung durch Schattenwurf und einer optisch bedrängenden Wirkung möglicher Windenergieanlagen vor. Zur Bewertung der Auswirkungen möglicher Windkraftanlagen liegen zudem Angaben zum Landschaftsbild und der Erholungsfunktion der Landschaft vor.

Zu dem o. a. Entwurf zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans finden Sie weitere Informationen sowie die vorliegenden Gutachten unter: www.stadtplanung.velbert.de.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden, über die der Rat entscheidet. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht innerhalb der Offenlegungsfrist (**bis zum 29.11.2013**) abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über diesen Bauleitplan (gem. § 4a Abs.6 BauGB) unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanes nicht von Bedeutung ist.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Offenlagebeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen gegen diesen Beschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister



STADT VELBERT

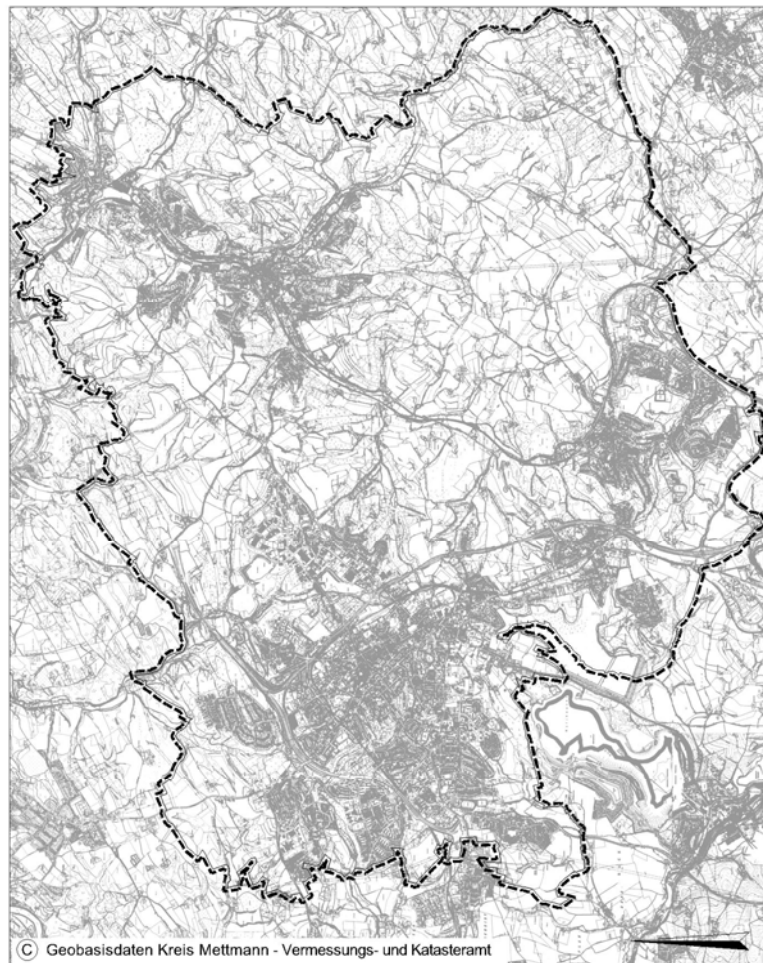
Abteilung 3.3

Generelle Planung und Stadterneuerung

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

2. Änderung - Konzentrationszonen Windenergie -

Okt. 2013



ZEICHENERKLÄRUNG



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
der Beschlussfassung über die Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
mit einer Erweiterung des Geltungsbereichs des
Bebauungsplanes Nr. 132.01 – Bonsfelder Straße / Hüserstraße –**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 30.09.2013 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 132.01 – Bonsfelder Straße / Hüserstraße – gemäß § 13a BauGB wie folgt beschlossen:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 132.01 - Bonsfelder Straße / Hüserstraße - gemäß §13a BauGB mit dem erweiterten Geltungsbereich wird beschlossen.
2. Das Plangebiet beinhaltet folgende Grundstücke der Gemarkung Langenberg, Flur 3, Flurstücke Nr. 512, 515, 516, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 583, 812, 813, 814, 815, 816, 817
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 132.01 - Bonsfelder Straße / Hüserstraße -.

Die ungefähre Abgrenzung des Plangebietes ist der beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Hinweise:

2. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
3. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

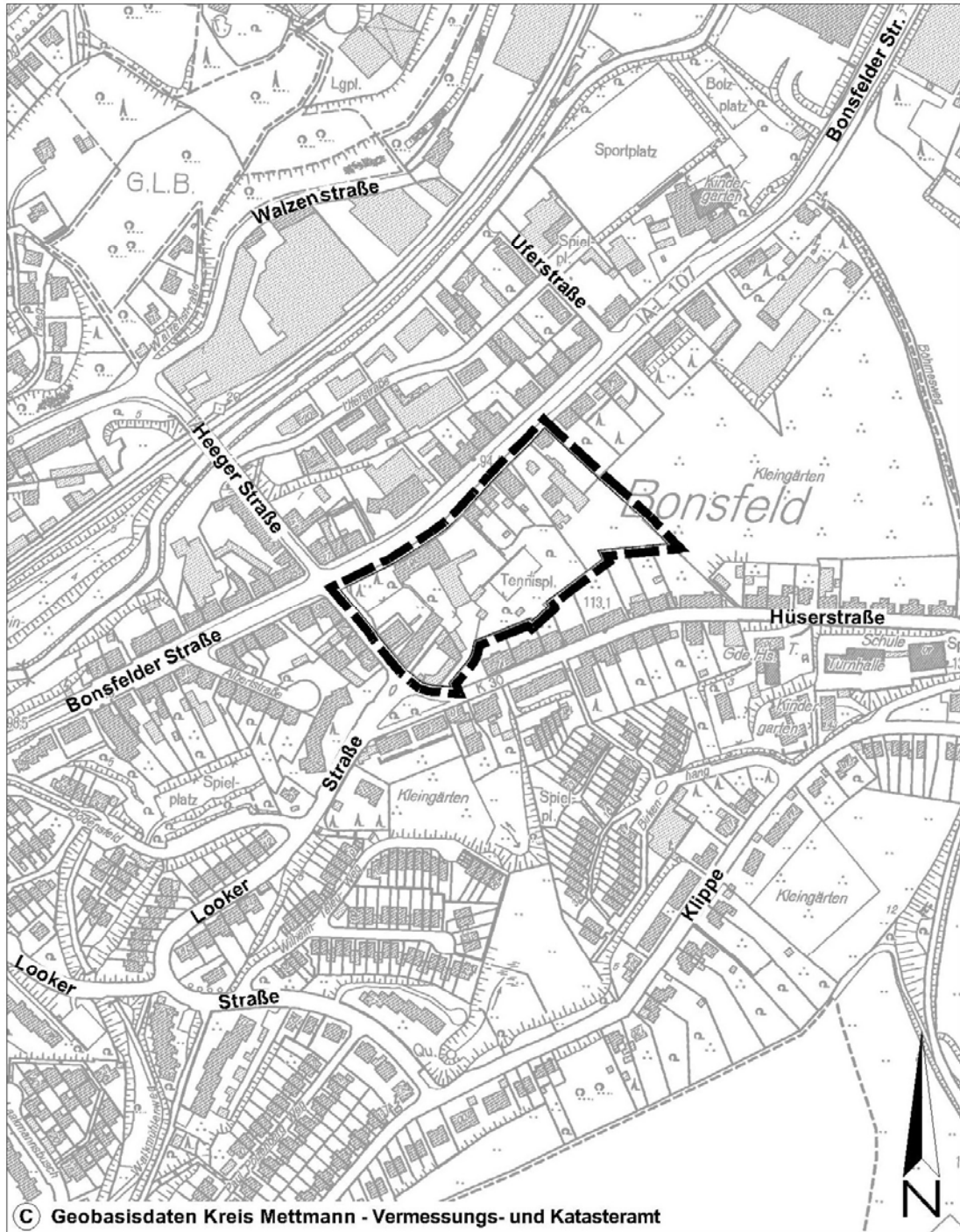
Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 11.10.2013
gez. Freitag (Bürgermeister)

Stadtbezirk Velbert-Langenberg



© Geobasisdaten Kreis Mettmann - Vermessungs- und Katasteramt

Bebauungsplangebiet Nr. 132.01 - Bonsfelder Straße / Hüserstraße -

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den
Bebauungsplan Nr. 306 – Untere Hohlstraße – 2. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 21.12.1999 den Bebauungsplan Nr. 306 – Untere Hohlstraße – 2. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 306 – Untere Hohlstraße – 2. Änderung – wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 306 – Hohlstraße – 2. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Das Bebauungsplangebiet beinhaltet folgende Grundstücke:

Flurstücke 584 (238 alt), 585 (239 alt) und 576 (85 alt) der Flur 15, Gemarkung Langenberg.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 306 – Untere Hohlstraße – 2. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 306 – Untere Hohlstraße – . Der oben angeführte Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) und der VDI – Richtlinie 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung an in der **Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert**, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

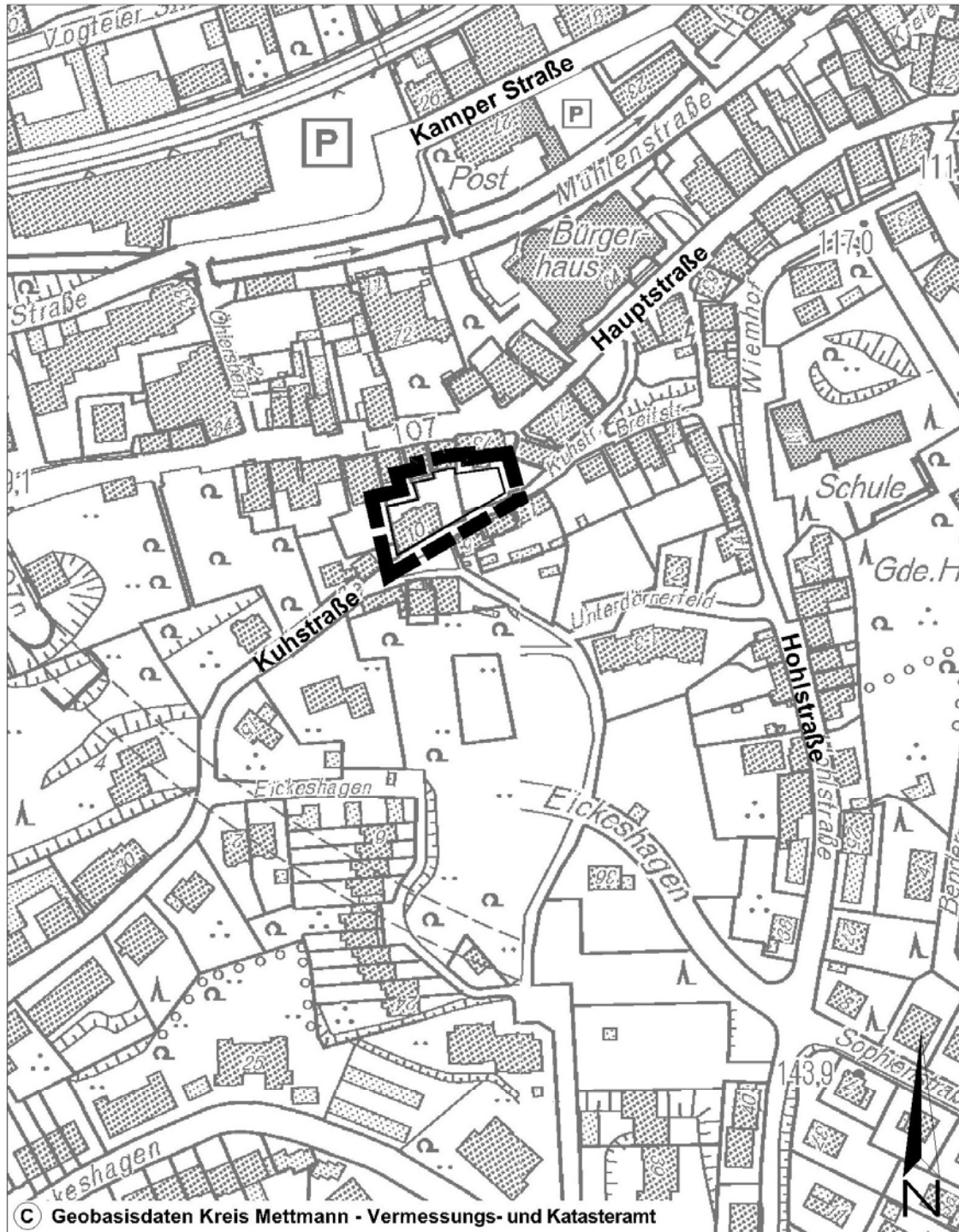
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 306 – Untere Hohlstraße – 2. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Langenberg



Bebauungsplangebiet Nr. 306 - Untere Hohlstraße -
2. Änderung

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 11.03.2008 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung wird zugestimmt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte vorhabenbezogene Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung beinhaltet die Flurstücke Nr. 533, 530, 595 und 560 (teilweise) der Flur 2, Gemarkung Kleinhöhe, an der Werner-Buschmann-Straße.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 441 – Rosenhügel –.

Der oben angeführte vorhabenbezogene Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung an in der Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

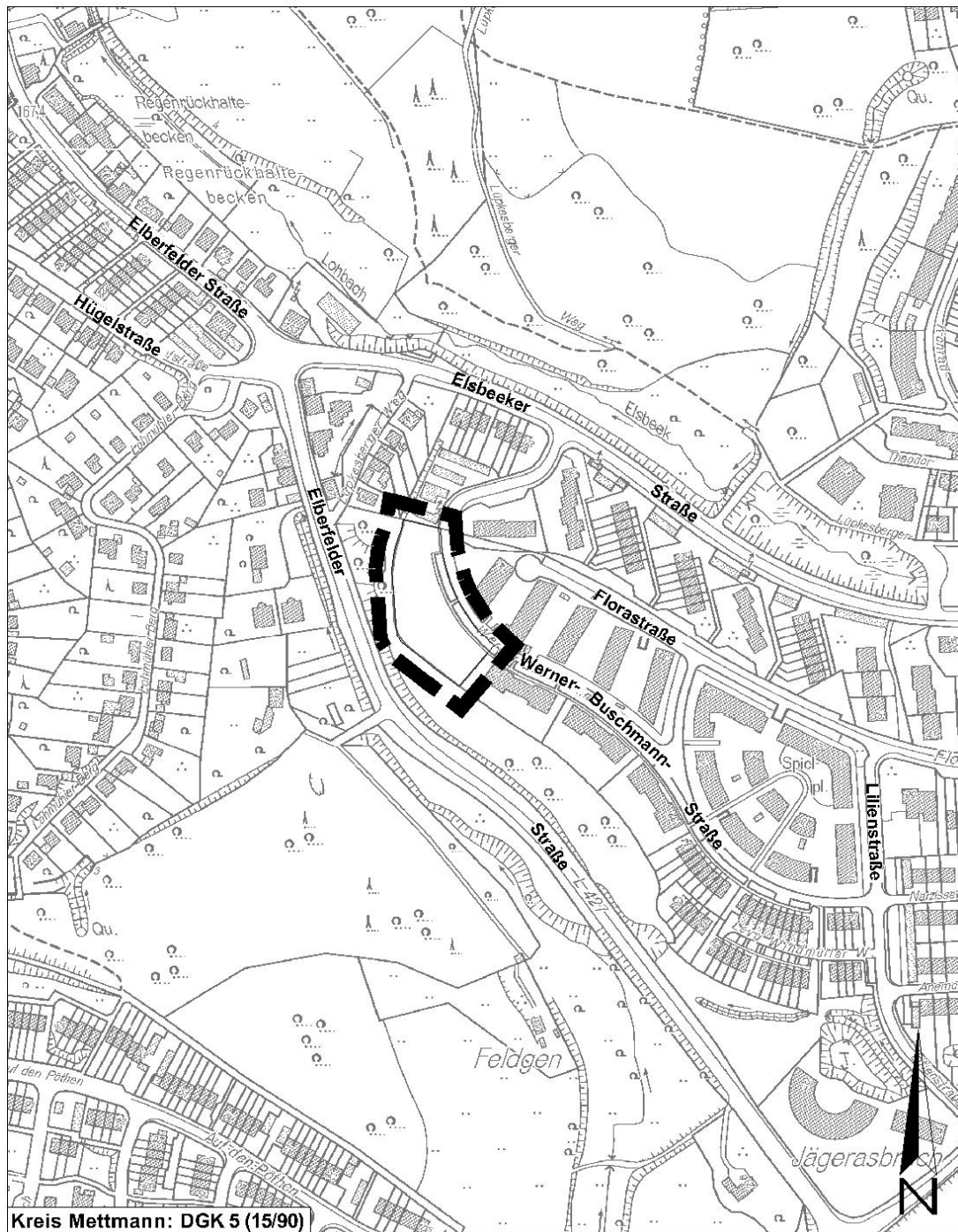
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 441 – Rosenhügel – 1. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert - Neviges



Bebauungsplangebiet Nr. 441 1. Änderung
- Rosenhügel -

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den Bebauungsplan
Nr. 442 - Elsbeeker- / Elberfelder Straße -
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 08.10.2002 den Bebauungsplan Nr. 442 - Elsbeeker- / Elberfelder Straße – wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 442 – Elsbeeker-/Elberfelder Straße – wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 442 – Elsbeeker-/Elberfelder Straße wird hiermit als Satzung beschlossen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 442 – Elsbeeker-/Elberfelder Straße – ersetzt mit Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 408 – Asbruch -.

Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Nr. 508, 512 (Elberfelder Straße 181), 511, 554 (Elberfelder Straße 183), 514, 516, 553, 560, 555, 626 der Flur 9, Gemarkung Neviges, teilweise 784, teilweise 593, 591, 589, 782, 781, 783, 779, 654, 461, 462, 463 (Lüpkesberger Weg 14), 785, 464 (Lüpkesberger Weg 10), 465 (Lüpkesberger Weg 8), 466 (Lüpkesberger Weg 6), 467 (Lüpkesberger Weg 7), 460 (Elberfelder Straße 197), 780 der Flur 7, Gemarkung Neviges sowie 420 (Elberfelder Straße 189), 421, 422, 419, 425 (Elberfelder Straße 191, 193, 195), 435, 426, 428 der Flur 2, Gemarkung Kleinehöhe.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angegebene Bebauungsplan wird mit der Begründung und der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109, Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung an in der Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind,

wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

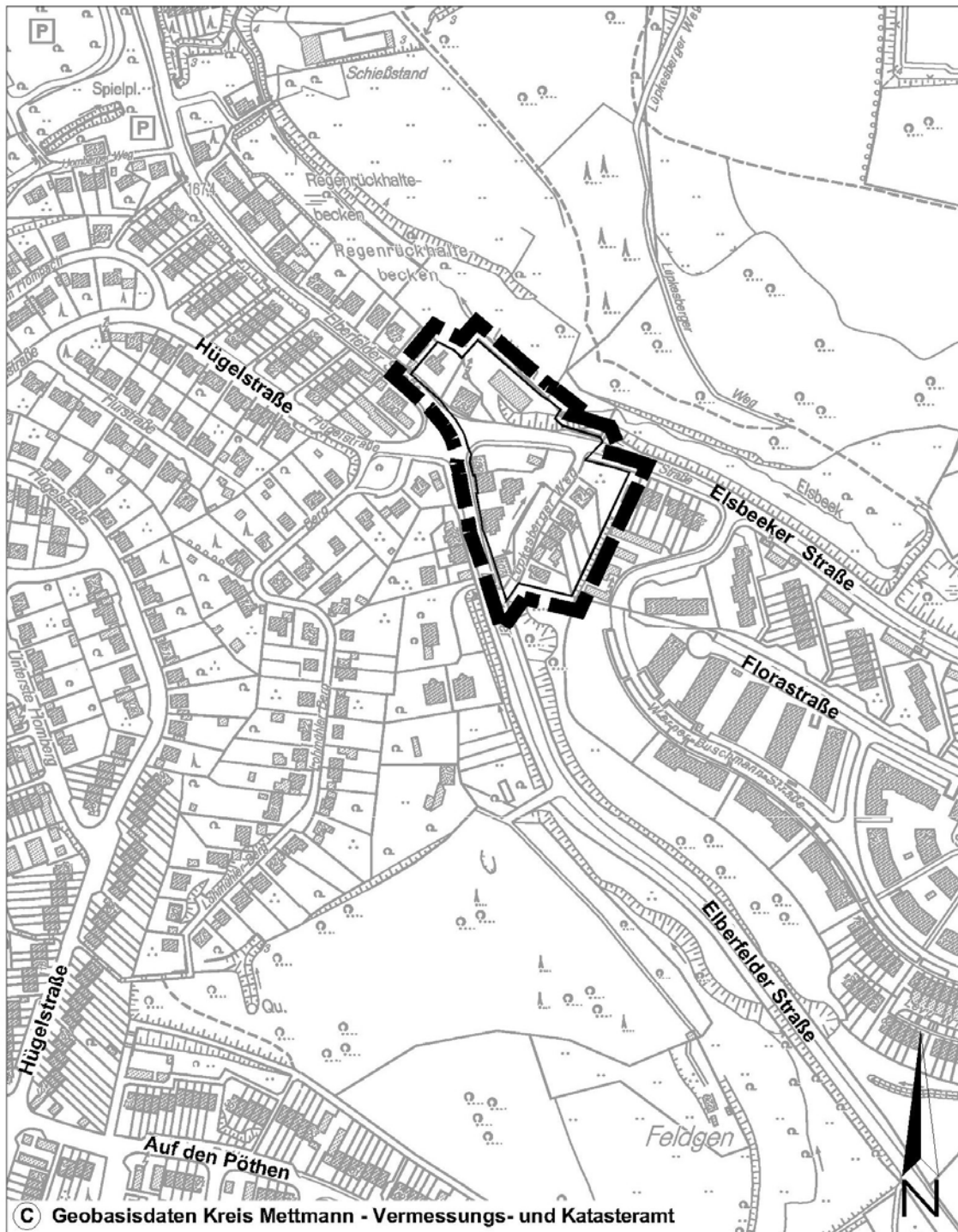
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 442 – Elsbeeker- / Elberfelder Straße – rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Nevig



Bebauungsplangebiet Nr. 442 - Elbecker/ Elberfelder Straße -

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 18.12.2007 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung wird zugestimmt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte vorhabenbezogene Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung wird begrenzt

- im Norden durch die Siebeneicker Straße,
- im Osten und Süden durch den Motschenbrucher Bach,
- im Westen durch eine gradlinige Verbindungslinie östlich des Grundstücks Siebeneicker Straße 184/184 a.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 459.04 – mittlere Siebeneicker Straße –.

Der oben angeführte vorhabenbezogene Bebauungsplan wird mit Begründung, zusammenfassender Erklärung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989); der DIN 18300 (VOB Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen; Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV); Erdarbeiten; Ausgabe Dezember 2002), der DIN 18915 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau; Bodenarbeiten; Ausgabe August 2002) und der DIN 18920 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau; Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen; Ausgabe August 2002) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes, der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

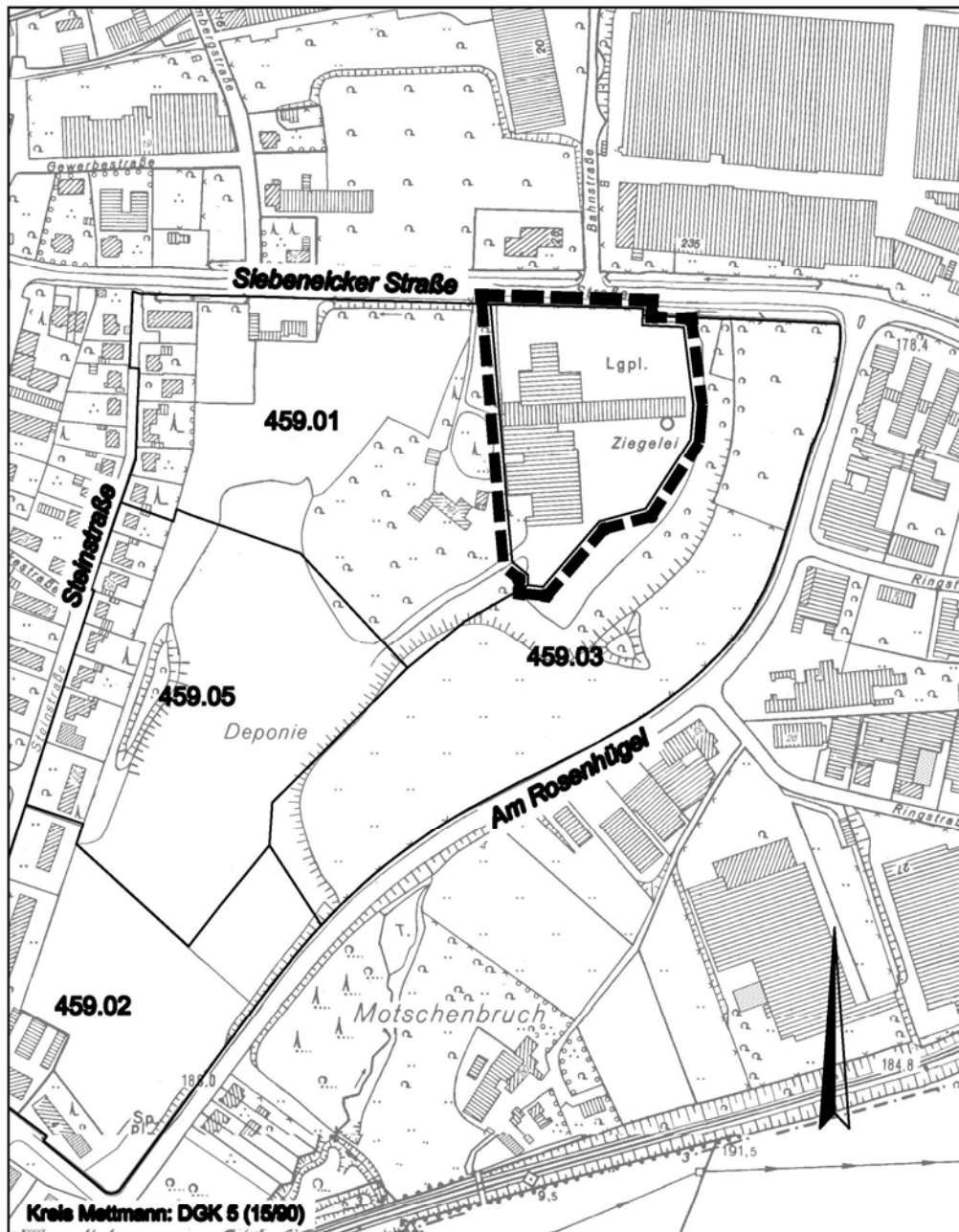
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 459.04 – Mittlere Siebeneicker Straße – 1. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert - Neviges



**Bebauungsplangebiet Nr. 459.04 -mittlere Siebenecker Straße-
1.Änderung**

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 502.01 – Kirchstraße / Schubertstraße –
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 27.05.2003 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 502.01 – Kirchstraße / Schubertstraße – wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 502.01 – Kirchstraße / Schubertstraße – wird zugestimmt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 502.01 – Kirchstraße / Schubertstraße – wird hiermit als Satzung beschlossen.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 502.01 – Kirchstraße / Schubertstraße – ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 502 – Durchführungsplan Nr. 2 Ortsteil Tönisheide –.

Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Nr. 99, 101 (teilweise), 112, 535, 536, 1119 und 1127, der Flur 4, Gemarkung Großehöhe.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angegebene vorhabenbezogene Bebauungsplan wird mit der Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109, Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung an in der Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

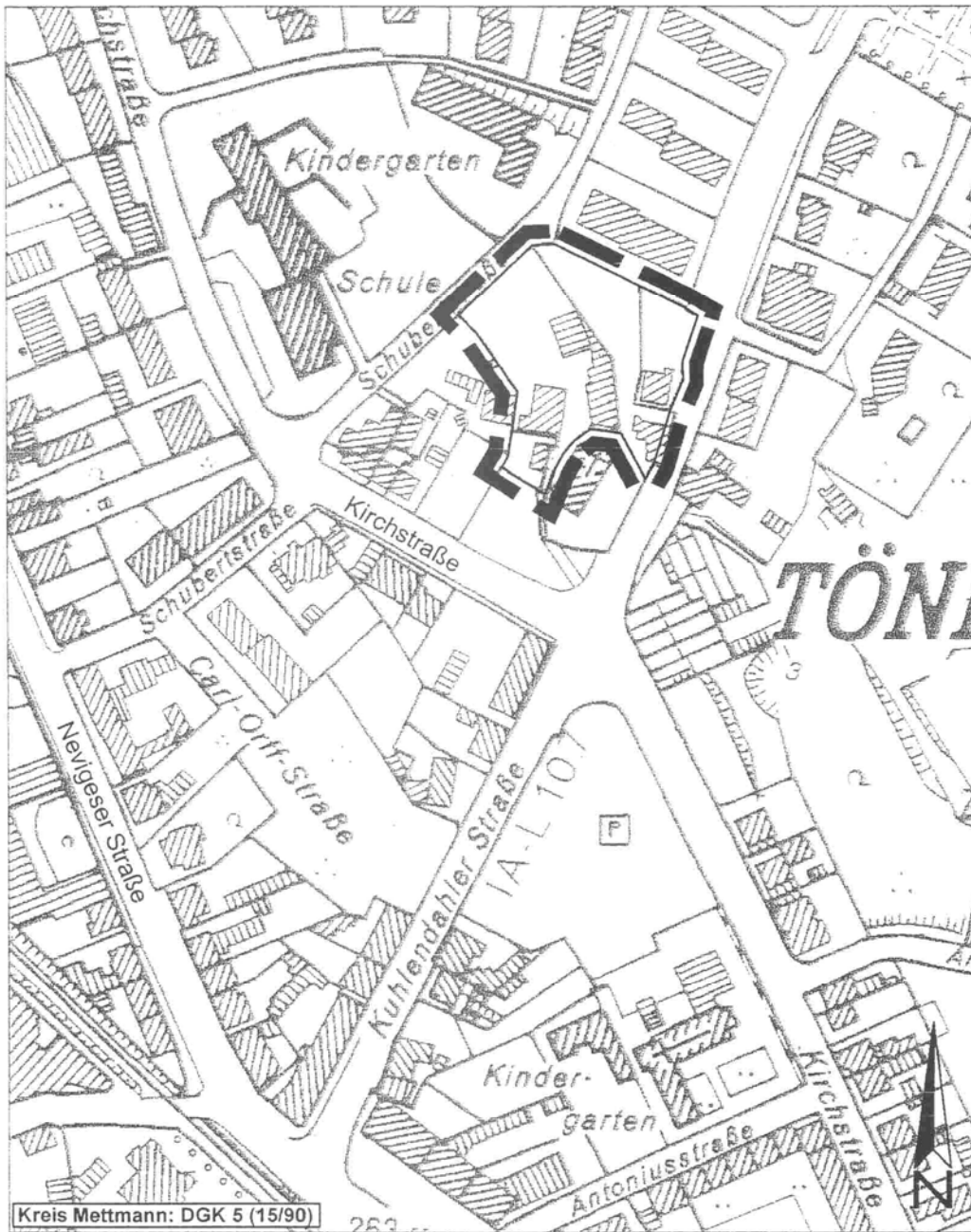
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 502.01 – Kirchstraße / Schubertstraße – rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Neviges



Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 502.01
- Kirchstraße / Schubertstraße -

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den
Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 09.03.1999 den Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Den redaktionellen Änderungen und Ergänzungen des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 517 – Danieden – wird zugestimmt.
2. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – i.d.F. vom 03.12.1998 wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Das Bebauungsplangebiet beinhaltet folgende Grundstücke:

Gemarkung Großhöhe, Flur 3, Flurstücke 1088, 1090, 1091, 1092, 1093, 1094, 1095, 149, 900, 901, 158 (teilw.) 1089, 34, 35, 26 (teilw.), 150, 36, 633 (teilw.), und 634 sowie Flur 4, Flurstücke 1091 (teilw.), 1090 (teilw.), 1088 (teilw.), 1036 (teilw.), 1089, 1131 (teilw.), 1039, 1038, 1035 und 1034.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung bei gefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angeführte Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 18915 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau, Bodenarbeiten; Ausgabe September 1990) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert**, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 518 – Leimkuhl –.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

3. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
4. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

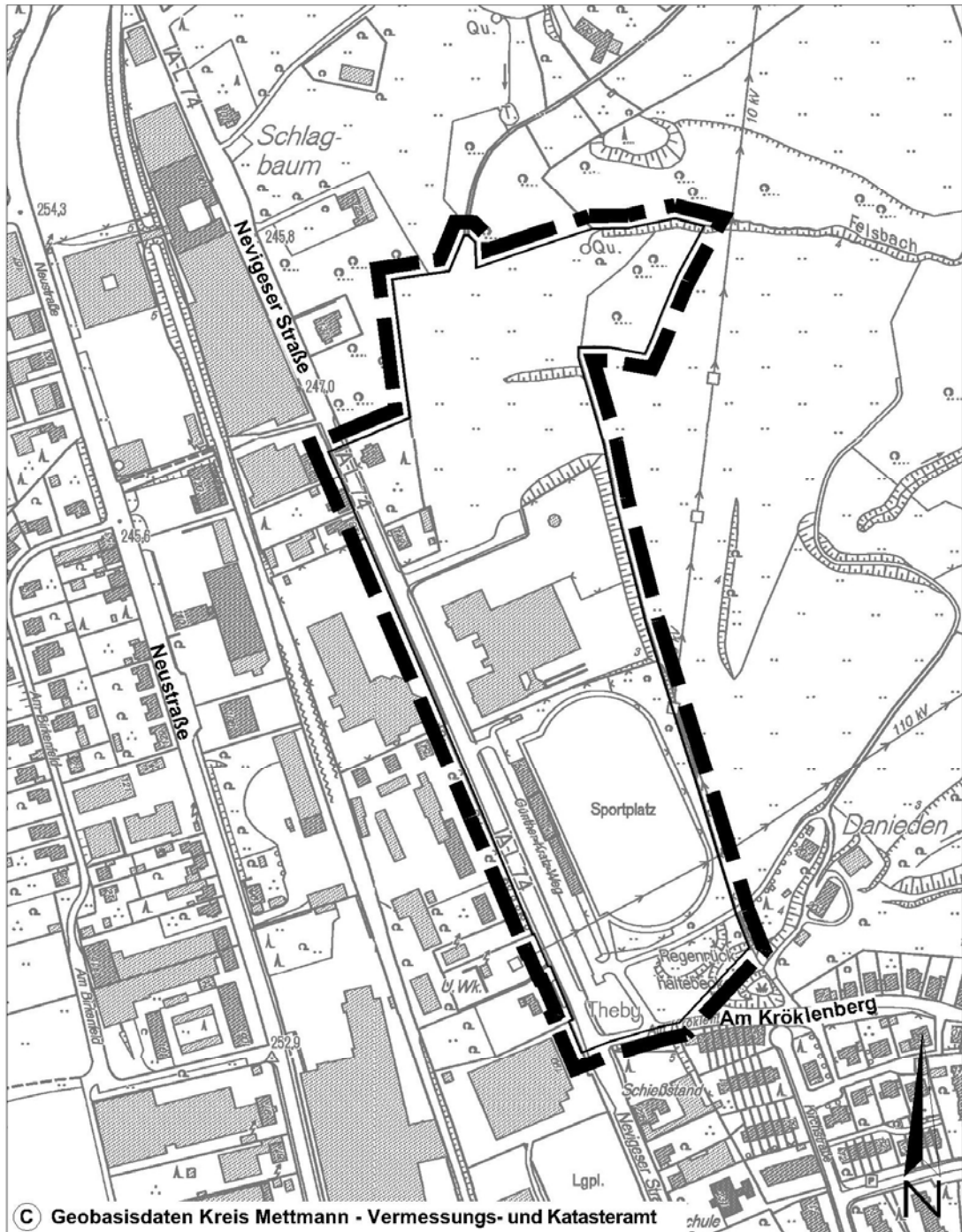
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Nevigès



Bebauungsplangebiet Nr. 517 - Danieden -

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 08.06.2004 den Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung ersetzt mit Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 517 – Danieden – 1. Änderung.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich der 2. Änderung umfasst die öffentliche Grünfläche (Sportplatz). Er beinhaltet folgende Flurstücke östlich der Nevigeser Straße: 1326, 1329, 1335, 1332, 1035, 634, 1039, 1089, 633 (teilweise), 1088, 1090 (teilweise) und 1091 (teilweise) der Flur 3, Gemarkung Großehöhe.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angeführte Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 18915 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau, Bodenarbeiten; Ausgabe August 2002) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert**, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.
Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

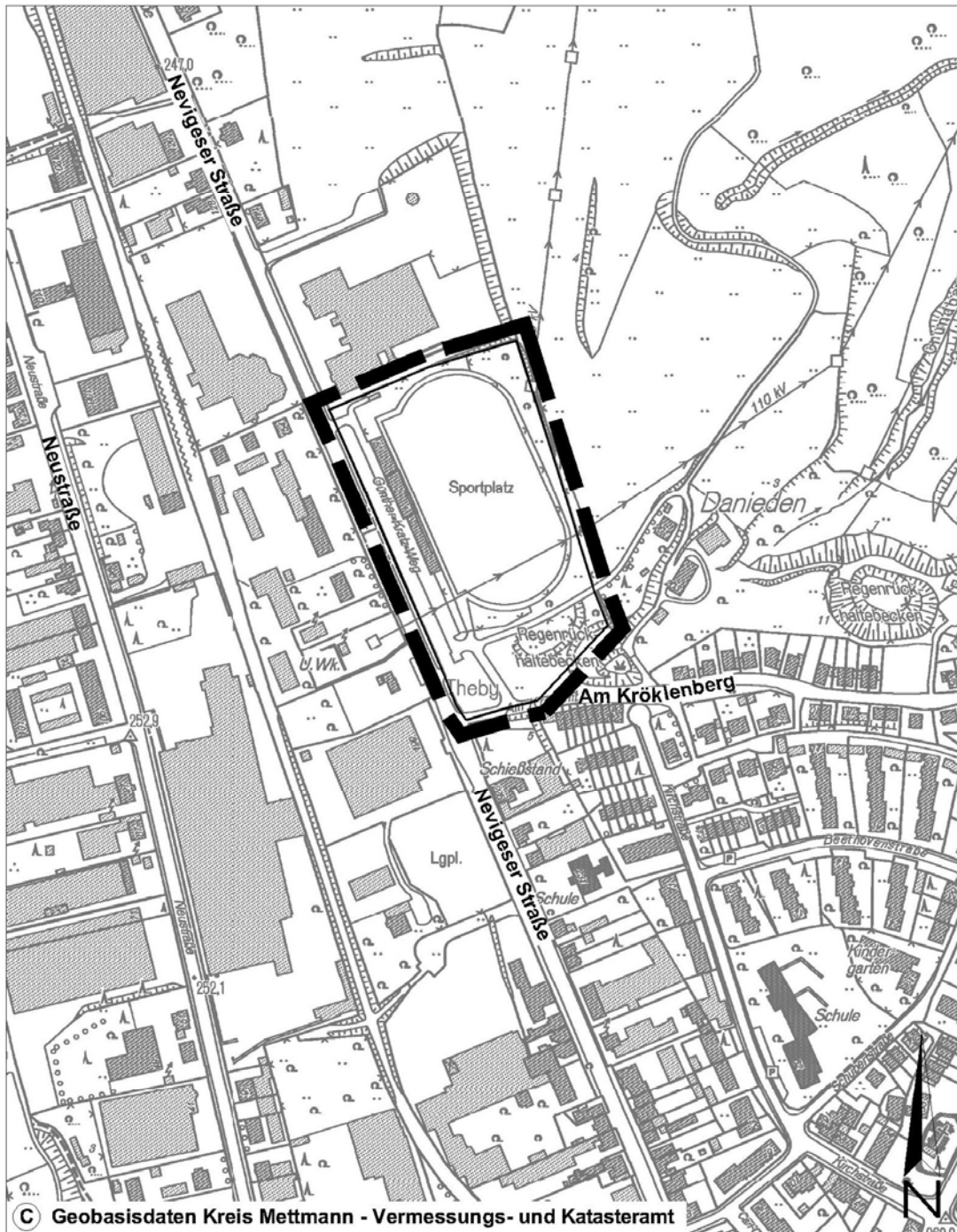
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 517 – Danieden – 2. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Neviges



Bebauungsplangebiet Nr. 517 - Danieden -
2. Änderung

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über
den Bebauungsplan Nr. 605a - Am Berg – 3. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 21.12.1999 den Bebauungsplanentwurf

Nr. 605a - Am Berg – 3. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 605 a – Am Berg – 3. Änderung wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 605 a – Am Berg – 3. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Das Bebauungsplangebiet beinhaltet folgende Grundstücke:

Flurstück 600 (tlw.) der Flur 49, die Flurstücke 21, 22, 23, 24, 25, 26, 481, 486, 632, 482, 1293, 485, 1294 und 1295 (tlw.) der Flur 48 sowie die Flurstücke 1465, 1467, 1464, 1466, 442, 444, 446, 782 und 1517 (tlw.) der Flur 47 Gemarkung Velbert.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 605a - Am Berg – 3. Änderung ersetzt in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 605a - Am Berg -, Nr. 5a der ehemaligen Stadt Velbert.

Der oben angegebene Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) und der VDI – Richtlinie 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen, Ausgabe August 1987) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert**, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einsehbar.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

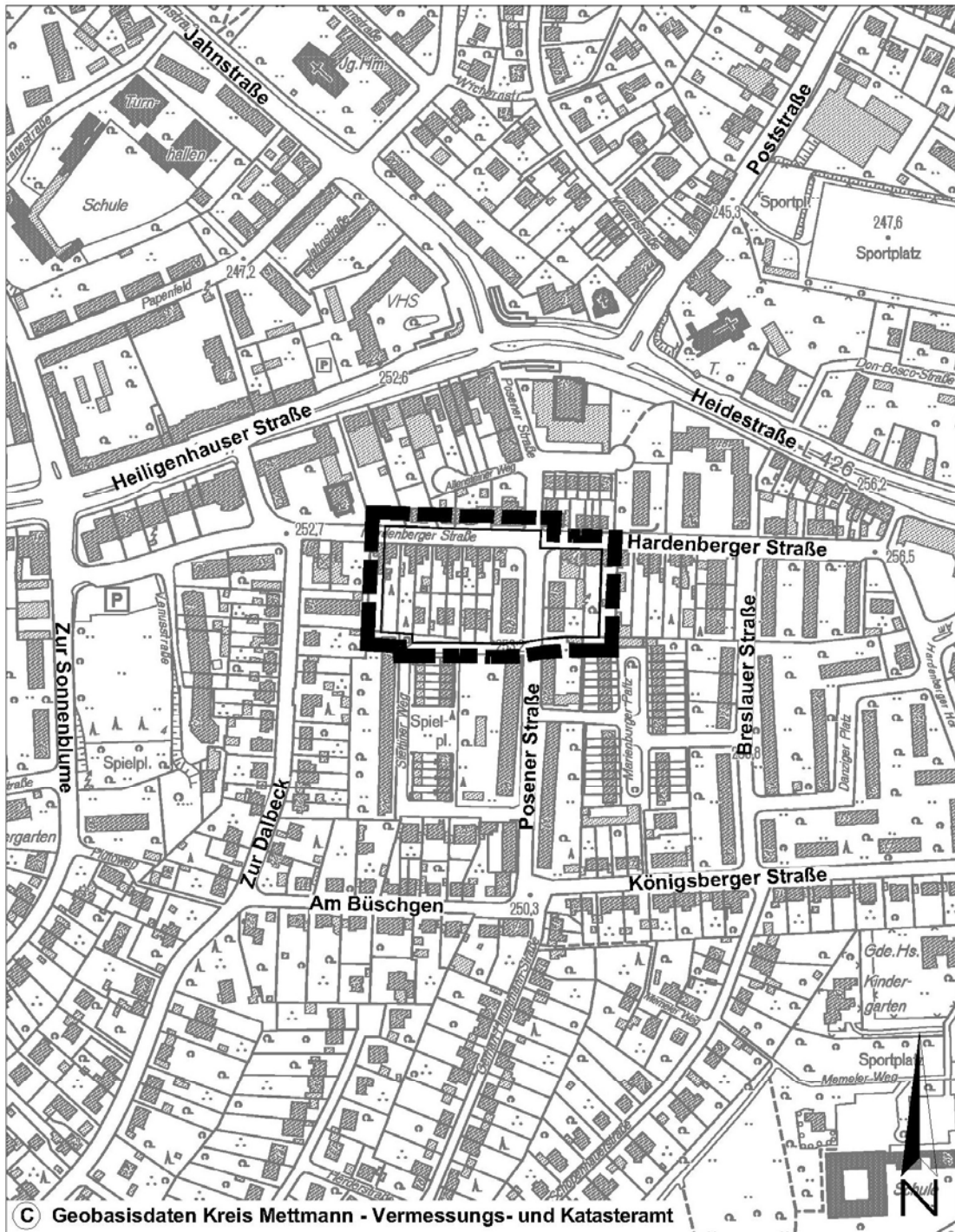
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 605a – Am Berg – 3. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 605a - Am Berg -
3. Änderung

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über
den Bebauungsplan Nr. 605a - Am Berg – 4. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 17.06.2008 den Bebauungsplanentwurf

Nr. 605a - Am Berg – 4. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 605a – Am Berg – 4. Änderung wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 605a – Am Berg – 4. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen.

Rechtsgrundlagen:

§§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 2 Abs. 1 und 10 des BauGB

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Die bisher für das 3WA – Gebiet (Gemarkung Velbert, Flur 48, Flurstück 21 (teilw.), 22 (teilw.),

23 (teilw.), 482, 485, 1293, 1294, 1340, 1341, und 1343 (teilw.)) des Bebauungsplanes Nr. 605a – Am Berg – 3. Änderung geltende Festsetzung der offenen Bauweise wird in abweichende Bauweise geändert. In der abweichenden Bauweise sind Baukörper unter 50 m mit einseitiger Grenzbebauung zulässig.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 605a - Am Berg – 4. Änderung ersetzt in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 605a - Am Berg – 3. Änderung.

Der oben angegebene Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) und der VDI – Richtlinie 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen, Ausgabe August 1987) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert** während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einsehbar.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

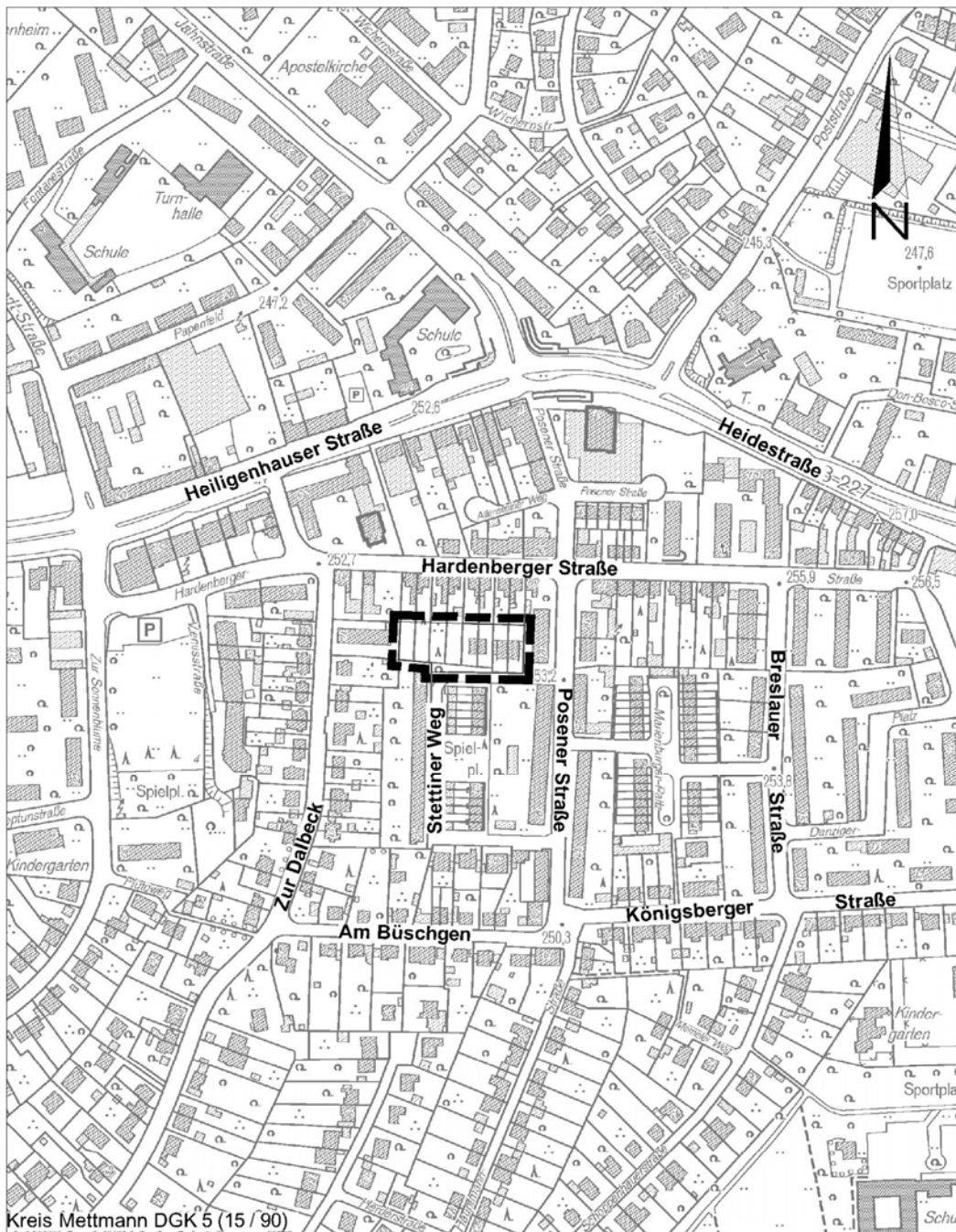
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 605a – Am Berg – 4. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert - Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 605a - Am Berg - 4. Änderung

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 631 - Obere Flandersbach Süd - 1. Änderung
als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 08.10.2013 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.631-Obere Flandersbach Süd- 1. Änderung wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) zu vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 631 – Obere Flandersbach Süd – 1. Änderung wird zugestimmt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 631 – Obere Flandersbach Süd – 1. Änderung wird hiermit als Satzung beschlossen
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan N. 631 – Obere Flandersbach Süd – 1. Änderung ersetzt mit Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 631 – Obere Flandersbach Süd -.

Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2, Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Nr.1243 (teilw.), 1576 (teilw.) und 1600 der Flur 57, Gemarkung Velbert.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angegebene Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ab in der **Abteilung Verbindliche Bauleiplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert**, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einsehbar.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

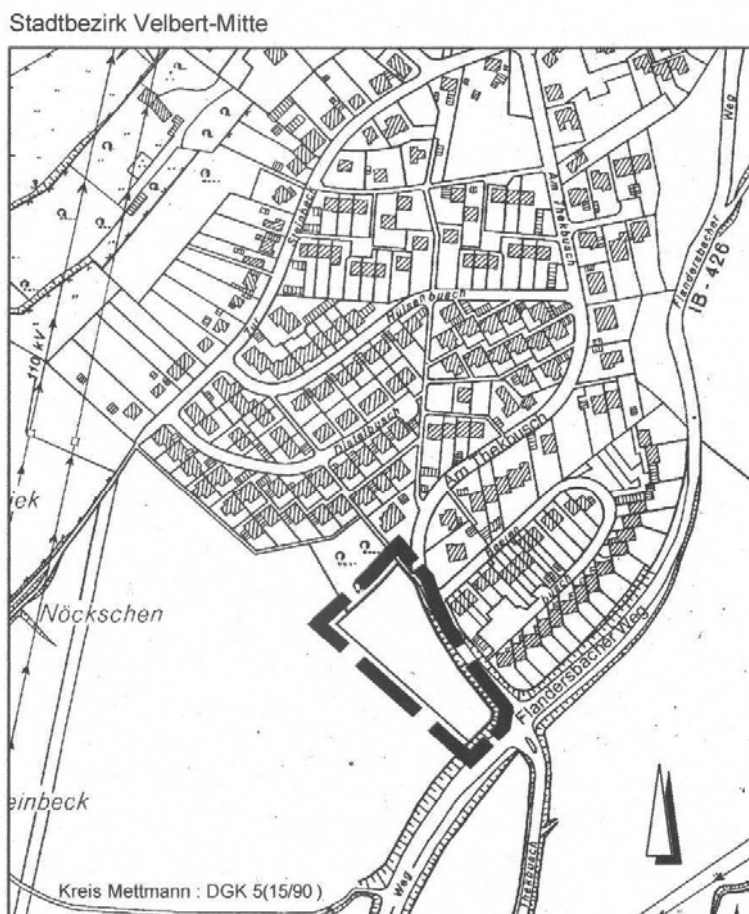
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 631 – Obere Flandersbach Süd – 1. Änderung rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag (Bürgermeister)



Bebauungsplangebiet Nr. 631
- Obere Flandersbach Süd - 1. Änderung

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
der Beschlussfassungen über
die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 22.09.2009 sowie
die Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) des
Bebauungsplanes Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord –**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 30.09.2013 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord – gemäß § 13a BauGB wie folgt beschlossen:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord – wird beschlossen.
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
 - im Norden durch die Heiligenhauser Straße (südliche Straßenbegrenzungslinie)
 - im Nordosten und Osten durch den Flandersbacher Weg (östliche Straßenbegrenzungslinie)
 - im Süden durch die Flurstücksgrenzen der Flurstücke Nr. 1773 und 1916 (Flur 47 Gemarkung Velbert).
 - im Westen durch die westliche Flurstücksgrenze des Flurstückes Nr. 2068 (Flur 47 Gemarkung Velbert).
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord -.
4. Der Bebauungsplan Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord - ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 639 - Dalbecksbaum - ,
Nr. 638 - Jupiterstraße - und Nr. 638.01 - Jupiterstraße - 1. Änderung.
5. Der Aufstellungsbeschluss des Umwelt- und Planungsausschuss vom 22.09.2009 wird aufgehoben.
6. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der vom Rat der Stadt Velbert am 15.03.2005 beschlossenen Richtlinien durchzuführen.

Die ungefähre Abgrenzung des Plangebietes ist der beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

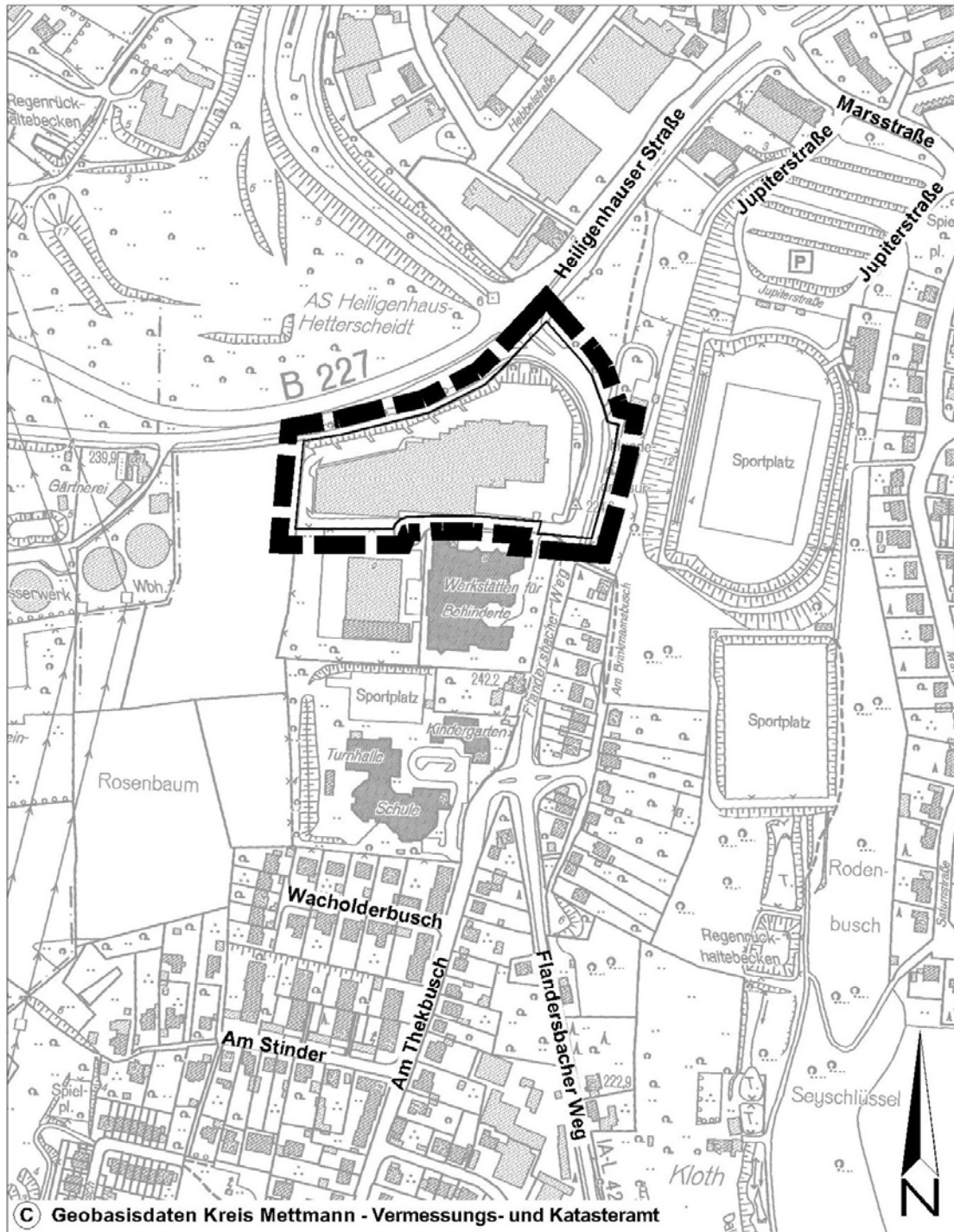
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord -

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
der Beschlussfassung über die Aufstellung
gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Bebauungsplanes Nr. 643.03 - Am Lindenkamp / Rosenkamp -**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 30.09.2013 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 643.03 – Am Lindenkamp / Rosenkamp – gemäß § 13a BauGB wie folgt beschlossen:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 643.03 – Am Lindenkamp / Rosenkamp – gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
 - im Norden durch den Rosenkamp (nördliche Straßenbegrenzungslinie)
 - im Nordosten und Osten durch die hinteren Flurstücksgrenzen der Flurstücke Nr. 856, 888 und 889 (Flur 46, Gemarkung Velbert)
 - im Süden durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks Nr. 856 (Flur 46, Gemarkung Velbert) und
 - im Westen durch die Straße Am Lindenkamp (westliche Straßenbegrenzungslinie) und die Flurstücksgrenzen der Flurstücke Nr. 973 und 449 (Flur 46 u. 43, Gemarkung Velbert).
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 643.03 - Am Lindenkamp/Rosenkamp -.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der vom Rat der Stadt Velbert am 15.03.2005 beschlossenen Richtlinien durchzuführen.
5. Der Bebauungsplan Nr. 643.03 - Am Lindenkamp/Rosenkamp - ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen der bestehenden Bebauungspläne Nr. 643.01 - Am Lindenkamp - und Nr. 612 - Lindenkamp Nord -.

Die ungefähre Abgrenzung des Plangebietes ist der beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

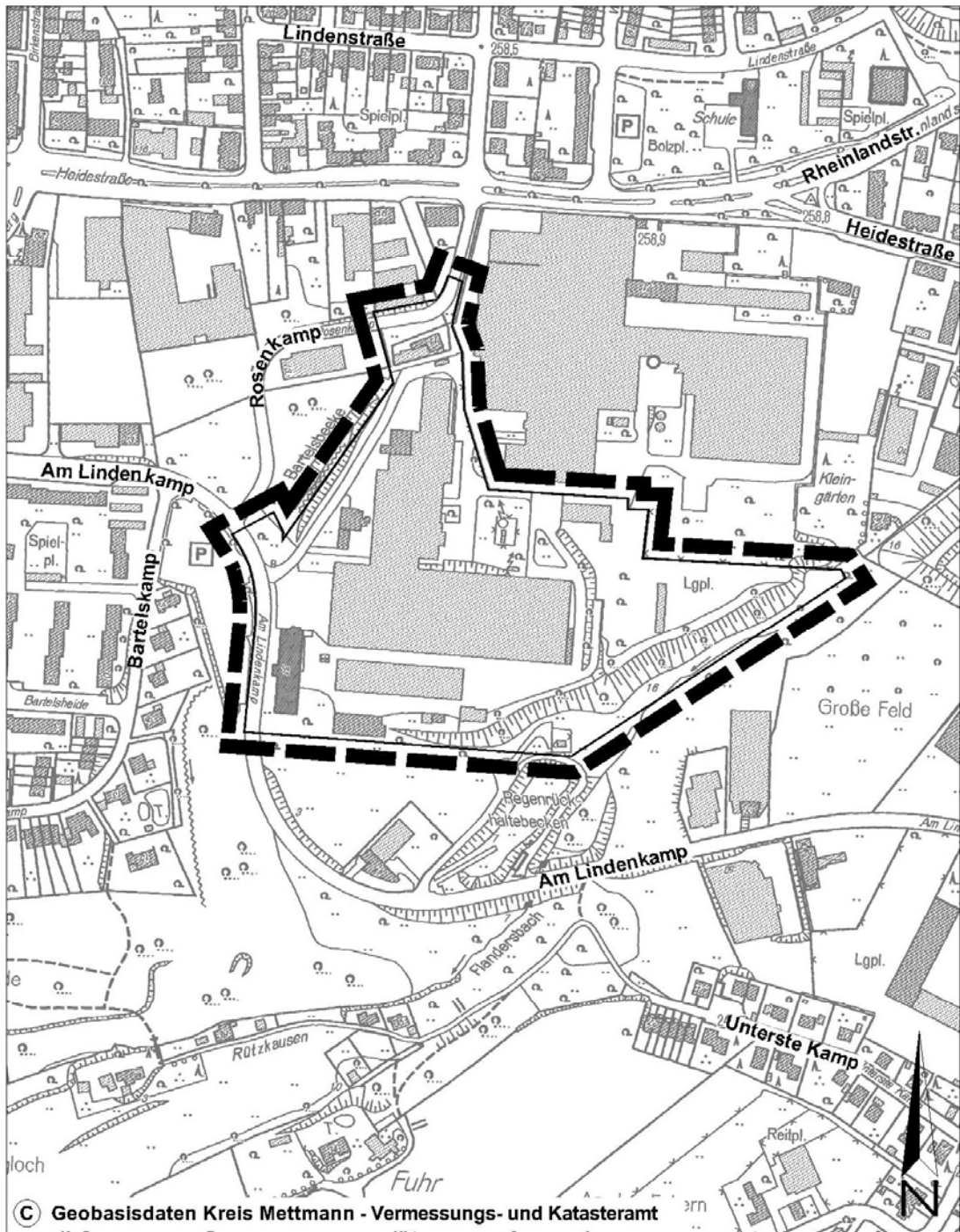
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 643.03 - Am Lindenkamp-Rosenkamp -

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
über die Aufstellung des Bebauungsplanes
Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - 1. Änderung
gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 25.06.2013 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - 1. Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
 - im Norden durch die südlichen Grenzen der Wohngebiete WA 3, WA 4, WA 5 und WA 7 des Bebauungsplans Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - ,
 - im Osten durch die Grünfläche am östlichen Rand des Bebauungsplans Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - ,
 - im Süden durch die nördliche Grenze des Sondergebietes und des Wohngebiets WA 9 des Bebauungsplans Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - ,
 - im Westen durch die Sontumer Straße (östliche Straßenseite).
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - 1. Änderung.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der vom Rat der Stadt Velbert am 15.03.2005 beschlossenen Richtlinien durchzuführen.
5. Der Bebauungsplan Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - 1. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 654 - östliche Sontumer Straße - .

Hinweise:

4. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
5. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

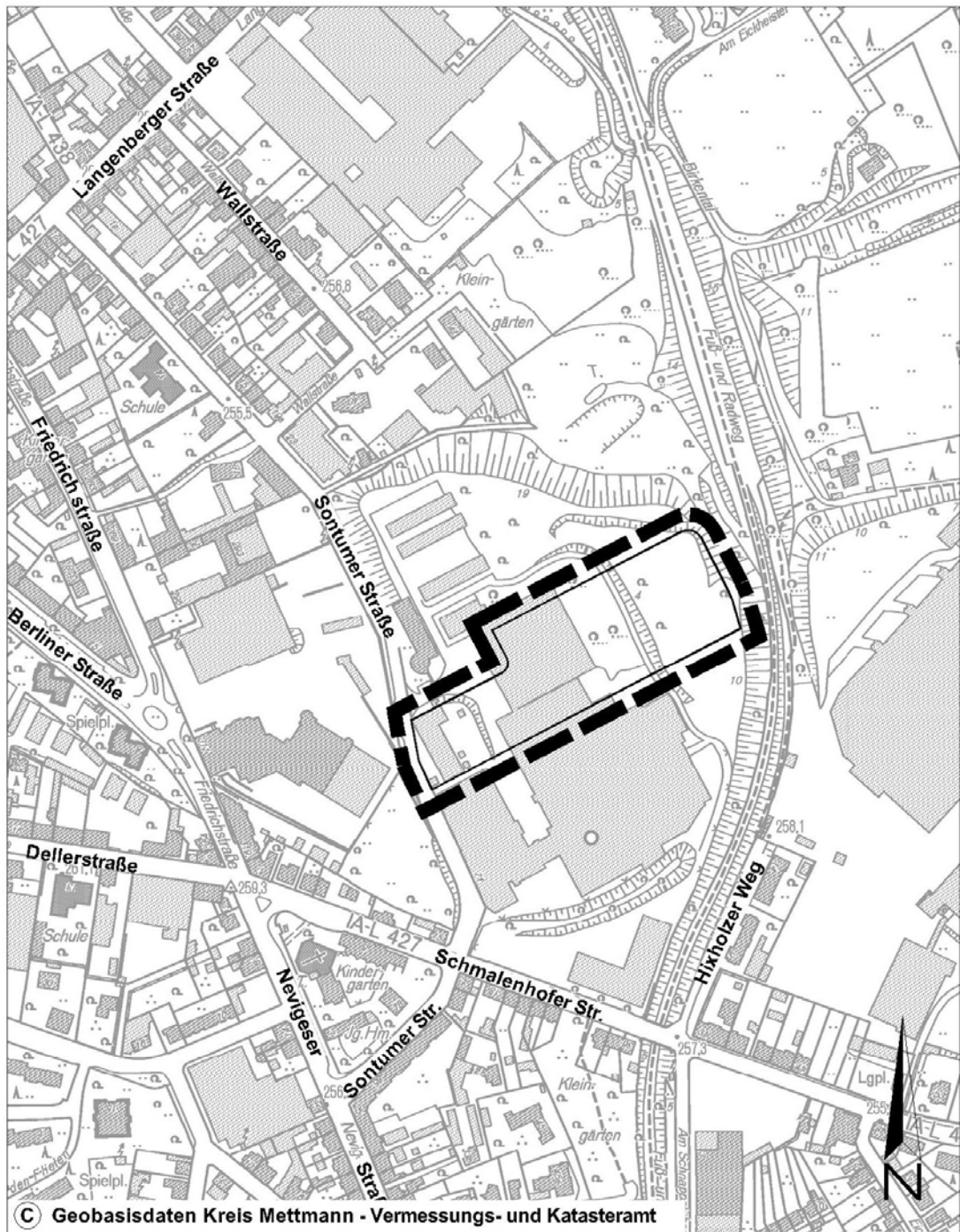
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Beschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 654 - östliche Sontumer Straße -
1. Änderung

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den
Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/ Schloß-/ Schulstraße - als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 26.09.2006 den Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/ Schloß-/ Schulstraße wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/Schloß-/Schulstraße – wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/Schloß-/Schulstraße – wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Der Geltungsbereich wird begrenzt:

- im Nordwesten durch die nordwestliche Straßenbegrenzungslinie der Pfeilstraße (ohne Flurstück 326 der Gemarkung Velbert, Flur 12);
- im Nordosten durch die nordöstliche Straßenbegrenzungslinie der Pfeilstraße;
- im Südosten durch die südöstliche Straßenbegrenzungslinie der Schloßstraße;
- im Südwesten durch die südwestlichen Grenzen der Flurstücke 329, 306 und 308 der Gemarkung Velbert, Flur 11, sowie die südwestliche Straßenbegrenzungslinie der Schulstraße.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angegebene Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau: Anforderungen und Nachweise, Ausgabe November 1989; Beiblatt 1 zu DIN 4109 Schallschutz im Hochbau: Ausführungsbeispiele und Rechenverfahren, Ausgabe November 1989) und der VDI – Richtlinie 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen, Ausgabe August 1987) in der **Abteilung Verbindliche Bauleiplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert** während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/ Schloß-/ Schulstraße ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 671.1 – Pfeilstraße Ost -.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,

eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

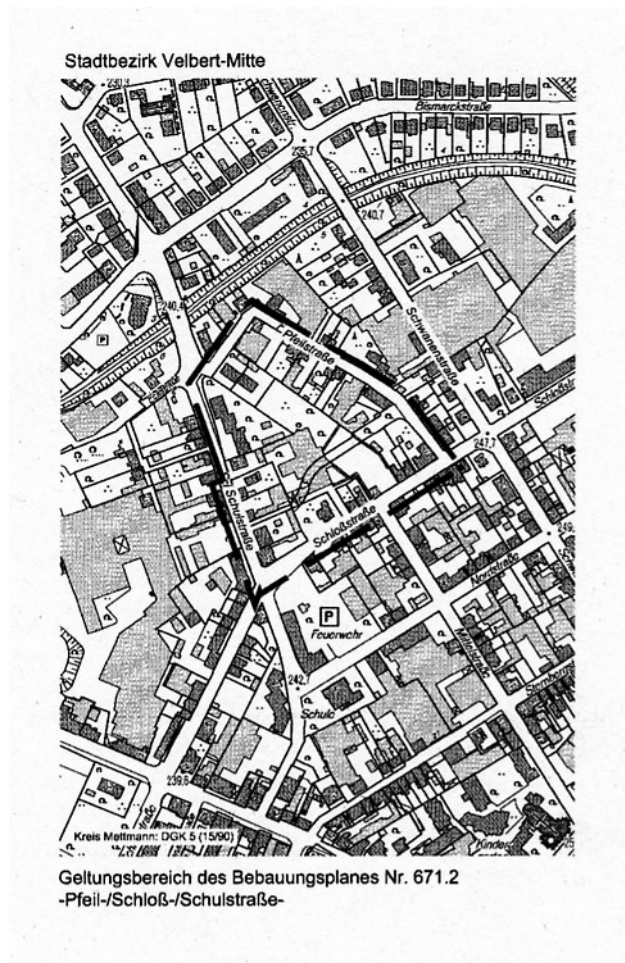
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 671.2 – Pfeil-/ Schloß-/ Schulstraße – rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister



**Bekanntmachung vom 11.10.2013
über die Beschlussfassung der Aufstellung des Bebauungsplanes
Nr. 676 - Nordstraße West -**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 27.01.2009 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 676 - Nordstraße West - wie folgt beschlossen:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 676 - Nordstraße West – wird beschlossen.

Das Plangebiet wird begrenzt durch

- die Nordstraße im Norden,
- die Mittelstraße im Osten,
- die Sternbergstraße im Süden,
- und die Friedrichstraße im Westen.

Die ungefähre Abgrenzung des Plangebietes ist der beigefügten Übersicht zu entnehmen.

2. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 676 - Nordstraße West -.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie § 2 der vom Rat der Stadt Velbert am 15.03.2005 beschlossenen Richtlinien durchzuführen.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

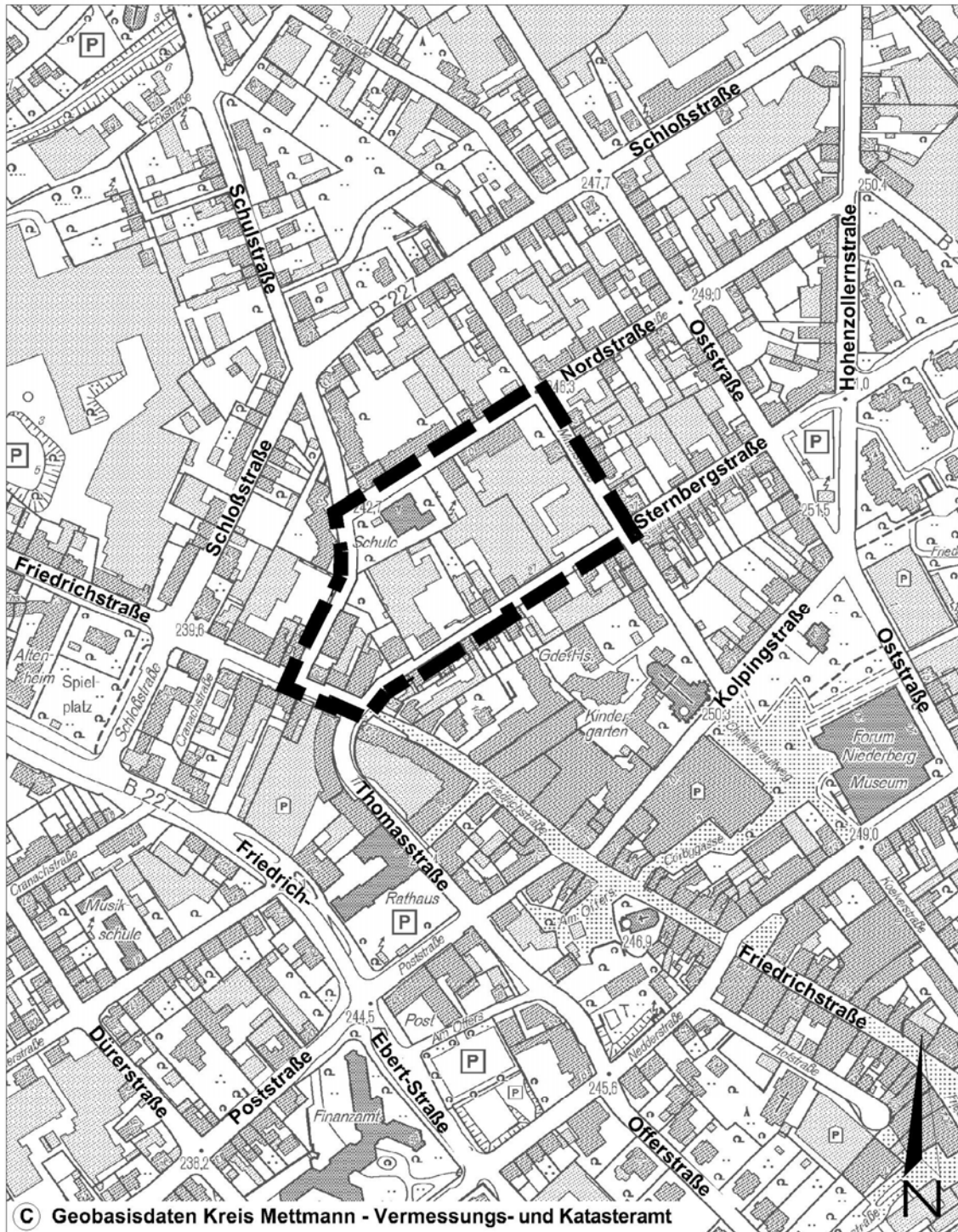
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 676 - Nordstaße West -

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
über die öffentliche Auslegung des
Bebauungsplanentwurfes Nr. 689 - Post-/ Offer- /Nedderstraße -**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 30.09.2013 folgenden Beschluss gefasst:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 689 - Post-/Offer-/Nedderstraße - einschließlich der Begründung mit Anlagen wird zugestimmt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 689 - Post-/Offer-/Nedderstraße - mit Begründung ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 689 - Post-/Offer-/Nedderstraße - ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplans Nr. 648.01 - Beersches Gelände Süd - und des Durchführungsplans Nr. 604 - Friedrich-Ebert-Straße -

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigefügten Karte ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 689 - Post-/Offer-/Nedderstraße - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt, so dass eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht erforderlich ist.

Umweltbezogene Informationen liegen in Form von schalltechnischen Untersuchungen zum Immissionsschutz vor. Die Immissionsschutzbelange sind auch im Umfeld des Plangebietes untersucht worden.

In der Begründung zum Bebauungsplanentwurf werden weitere Angaben zu den Themen Altlasten, Artenschutz und Denkmalschutz aufgeführt.

Der o.a. Bebauungsplanentwurf liegt gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Begründung und drei schalltechnischen Untersuchungen, die als Anlage zur Begründung aufgeführt werden, in der Zeit

vom **30.10.2013** bis einschließlich **29.11.2013**

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

Montag	8.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch	8.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag	8.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	8.00 bis 12.00 Uhr

im Rathaus, Gebäude Thomasstr. 7, 42551 Velbert, öffentlich aus.

Zu dem o. a. Bebauungsplanentwurf finden Sie weitere Informationen unter:

www.stadtplanung.velbert.de

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf schriftlich oder zu Protokoll abgegeben werden, über die der Rat entscheidet. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht innerhalb der Offenlegungsfrist (bis zum 29.11.2013) abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über diesen Bauleitplan (gem. § 4a Abs. 6 BauGB) unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanes nicht von Bedeutung ist.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Offenlagebeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

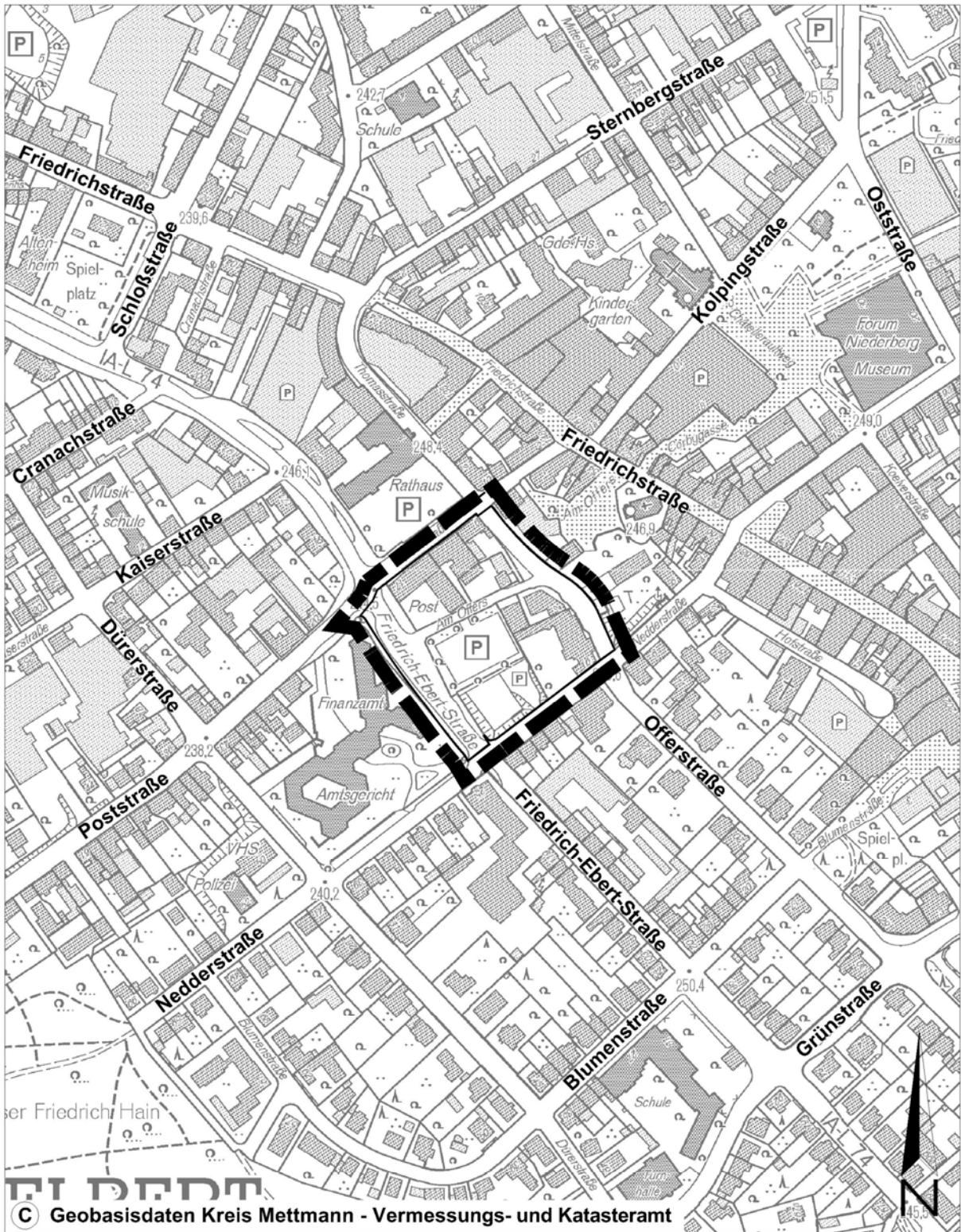
Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diesen Beschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 689 - Post- / Offer- / Nedderstraße -

**Bekanntmachung vom 04.10.2013
über den
Bebauungsplan Nr. 751 – Am Wasserfall – als Satzung**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 09.03.1999 den Bebauungsplan Nr. 751 – Am Wasserfall – wie folgt als Satzung beschlossen:

1. Der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 751 – Am Wasserfall – wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 751 – Am Wasserfall – wird hiermit als Satzung beschlossen.

Der oben angeführte Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und der Bezirksregierung daher nicht angezeigt.

Das Bebauungsplangebiet beinhaltet folgende Grundstücke::

Gemarkung Kleinumstand, Flur 2, Flurstücke Nr. 1713, 1714, 1719, und 1720 sowie Gemarkung Velbert, Flur 2, Flurstücke Nr. 267/17, 1609 (teilw.), 1610, 1612, 1613 (teilw.), 1696 (teilw.), 1702, 1858 und 1859.

Die ungefähre Umgrenzung des Geltungsbereiches ist aus der dieser Bekanntmachung angefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Der oben angegebene Bebauungsplan wird mit Begründung sowie der VDI – Richtlinie 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen, Ausgabe August 1987) in der **Abteilung Verbindliche Bauleitplanung und Städtebau, Thomasstr. 7, 42551 Velbert**, während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Der Bebauungsplan ist auch unter www.stadtplanung.velbert.de einzusehen.

Hinweise:

5. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.
6. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

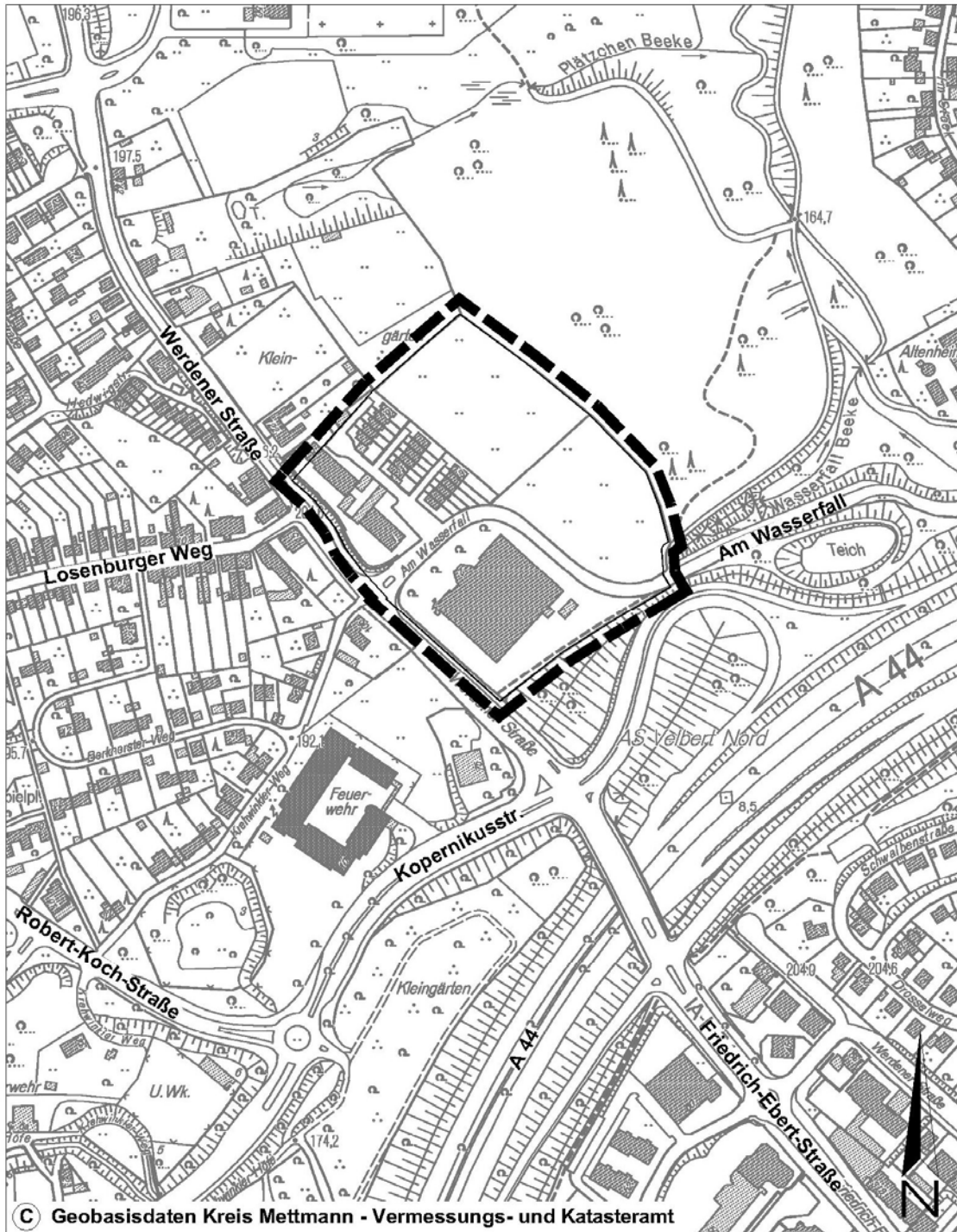
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert wird der Bebauungsplan Nr. 751 – Am Wasserfall – rechtsverbindlich.

Velbert, den 04.10.2013

gez.
Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 751 - Am Wasserfall -

**Bekanntmachung vom 11.10.2013
über die öffentliche Auslegung des
Bebauungsplanentwurfes 830 – Marthastr. / Elisabethstraße**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 30.09.2013 folgenden Beschluss gefasst:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 830 - Marthastr./Elisabethstraße - einschließlich der Begründung mit Anlagen wird zugestimmt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 830 - Marthastr./Elisabethstraße - mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 830 - Marthastr./Elisabethstraße - ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplans Nr. 840a - Losenburg/Krankenhaus -.

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigelegten Karte ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 830 - Marthastr./Elisabethstraße - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt, so dass eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht erforderlich ist.

Umweltbezogene Informationen liegen in Form einer schalltechnischen Untersuchung zum Immissionsschutz vor.

In der Begründung zum Bebauungsplanentwurf werden außerdem Angaben zu den Themen Altlasten und Artenschutz aufgeführt.

Der o.a. Bebauungsplanentwurf liegt gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Begründung in der Zeit

vom **30.10.2013** bis einschließlich **29.11.2013**

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

Montag	8.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch	8.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag	8.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	8.00 bis 12.00 Uhr

im Rathaus, Gebäude Thomasstr. 7, 42551 Velbert, öffentlich aus.

Zu dem o. a. Bebauungsplanentwurf finden Sie weitere Informationen unter:

www.stadtplanung.velbert.de

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf schriftlich oder zu Protokoll abgegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht innerhalb der Offenlegungsfrist (bis zum 29.11.2013) abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über diesen Bauleitplan (gem. § 4a Abs. 6 BauGB) unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanes nicht von Bedeutung ist.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hinweise:

1. Nach § 44 Abs. 5 des BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39 bis 42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.

2. Nach § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, nur beachtlich sind, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Offenlagebeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

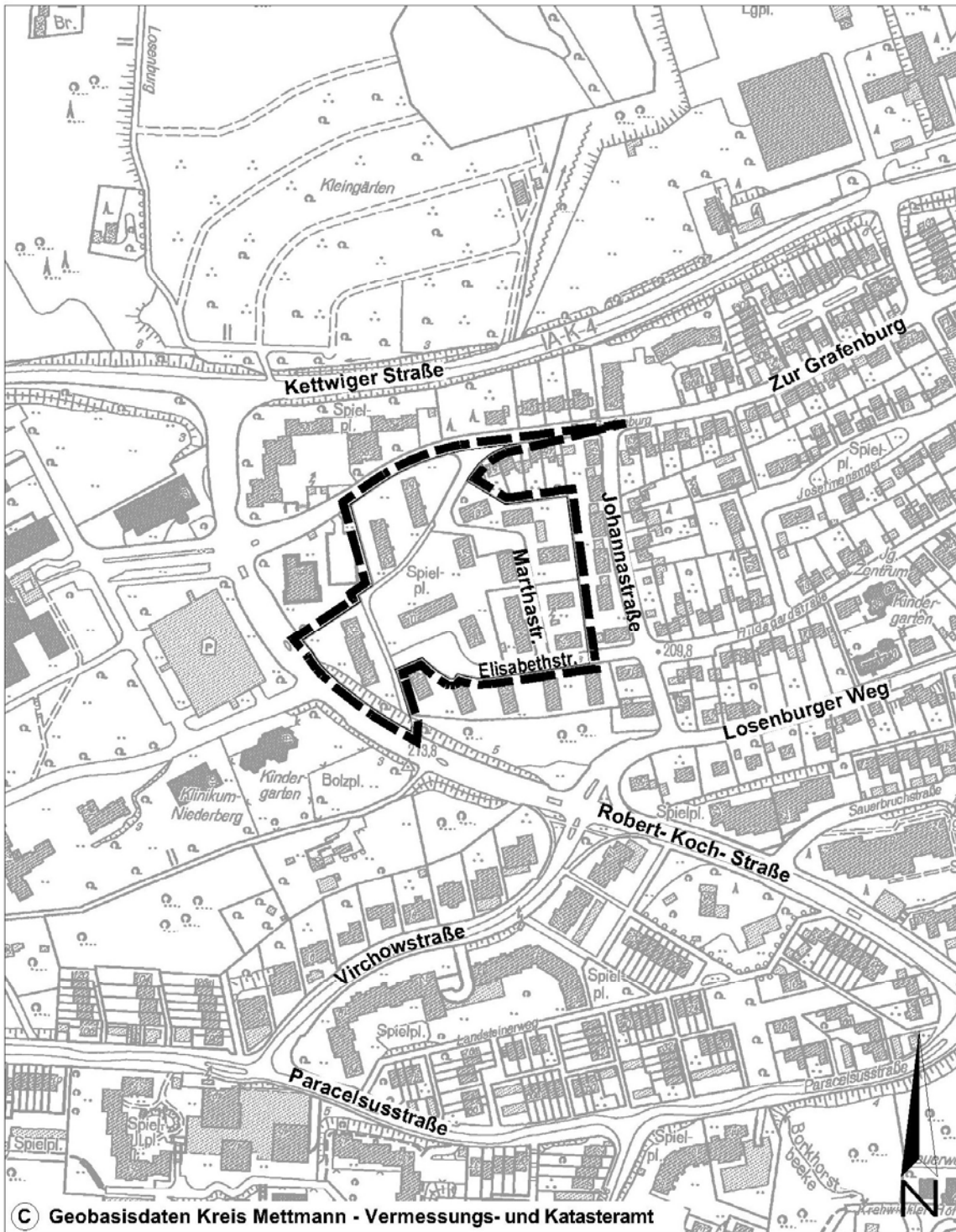
Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diesen Satzungsbeschluss nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 11.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 830 - Marthastraße - Elisabethstraße -

**Technische Betriebe Velbert AöR
Jahresabschluss 2012**

**Gewinn- und Verlustrechnung der TBV AöR
für das Wirtschaftsjahr 2012**

	2012	
	€	€
1. Umsatzerlöse		48.843.353,59
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		1.530.966,77
3. Sonstige betriebliche Erträge		3.437.317,86
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.839.379,50	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.255.737,61	
		15.095.117,11
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	10.035.948,25	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.086.655,25	
		13.122.603,50
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		10.924.431,00
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.039.443,84
		9.630.042,77
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		10.725,75
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		9.384.096,23
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		256.672,29
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		13.344,79
12. Sonstige Steuern		41.671,55
13. Jahresgewinn		201.655,95

Mit einstimmigem Beschluss des Verwaltungsrates der Technischen Betriebe Velbert Anstalt öffentlichen Rechts in seiner Sitzung vom 26.09.2013, wurde der Jahresabschluss 2012 der Technischen Betriebe Velbert Anstalt öffentlichen Rechts wie folgt festgestellt:

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Velbert AöR für das Wirtschaftsjahr 2012 wird

in der Bilanzsumme mit	374.519.311,09 Euro
und einem	
Jahresgewinn in Höhe von	201.655,95 Euro

festgestellt.

Der Jahresgewinn wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

2. Dem Vorstand wird für das Wirtschaftsjahr 2012 Entlastung erteilt

Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Breidenbach und Partner GmbH & Co. KG, Niederlassung Wuppertal hat am 12.08.2013 den folgenden, uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Technischen Betriebe Velbert - Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) - für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 114a Abs. 10 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hinweis

Der Jahresbericht und der Lagebericht der Technischen Betriebe Velbert Anstalt öffentlichen Rechts für das Wirtschaftsjahr 2012 ist bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses bei den

Technischen Betrieben Velbert Anstalt öffentlichen Rechts
42549 Velbert, Am Lindenkamp 33, Zimmer 1.46
Montag-Mittwoch 8.00 – 16.00 Uhr,
Donnerstag 8.00 – 17.45 Uhr, Freitag 8.00 – 12.00 Uhr

einzusehen.

Bekanntmachungsanordnung

Der vom Verwaltungsrat der TBV AöR festgestellte und bestätigte Jahresabschluss 2012 der Technischen Betriebe Velbert AöR wird hiermit gemäß § 27 Abs. 3 Satz 1 Kommunalunternehmensverordnung - KUV öffentlich bekannt gemacht.

Velbert, den 02.10.2013

gez. Freitag
Bürgermeister

Hinweis auf öffentliche Ausschreibungen

- Sambeck Gewässerausbau, Ausbau RBB und Verbindungsweg
- Unterhaltsreinigung GS Dellerstraße
- Erneuerung der Beleuchtungstechnik Nikolaus-Ehlen-Gymnasium in Velbert

Der Bekanntmachungstext kann im Internet unter www.velbert.de eingesehen werden

Amtliche Bekanntmachung
Aufnahme in die Grundschulen der Stadt Velbert zum 01.08.2014

Alle Erziehungsberechtigten werden gebeten, ihre zum 01.08.2014 schulpflichtig werdenden Kinder bei der Leiterin/dem Leiter einer Gemeinschaftsgrundschule oder Bekenntnisschule anzumelden. Die Anmeldezeiten zu den einzelnen Grundschulen sind am Ende der Bekanntmachung aufgeführt.

Es wird gebeten, bei der Anmeldung das Familienstammbuch oder die Geburtsurkunde der anzumeldenden Kinder vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit bitten wir auch die Schulneulinge vorzustellen.

Schulpflichtig werden am 01.08.2014 alle Kinder, die bis einschließlich 30.09.2008 geboren wurden.

Kinder, die nach dem genannten Zeitpunkt das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderlichen körperlichen und geistigen Voraussetzungen besitzen und in ihrem Verhalten ausreichend entwickelt sind (Schulfähigkeit). Außerdem sind alle Kinder anzumelden, die bereits schulpflichtig sind und vom Schulbesuch zurückgestellt waren.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass auch körperlich und geistig behinderte Kinder der Schulpflicht unterliegen. Die Erziehungsberechtigten dieser Kinder müssen ebenfalls die Anmeldung ihrer schulpflichtig werdenden Kinder vornehmen.

Vor der Einschulung findet für die schulpflichtigen Kinder eine schulärztliche Untersuchung statt. Es wird gebeten, die Einladung zu dieser Untersuchung abzuwarten und sie zu befolgen.

Anmeldezeiten zu den einzelnen Grundschulen

Grundschule Nordstadt

Di. 15.10.2013 13.30 – 17.30 Uhr
Anmeldung nur nach vorheriger Terminabsprache, Tel.: 02051/80515-0

Gerhart-Hauptmann-Schule

Mo. 14.10.2013 08.30 – 12.00 Uhr und 14.30 – 16.00 Uhr
Di. 15.10.2013 13.00 – 15.30 Uhr
Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02051/259280

Ludgerusschule

Mo. 14.10.2013 10.00 – 13.15 Uhr
Di. 15.10.2013 09.00 – 14.30 Uhr
Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02051/955186

Albert-Schweitzer-Schule

Mo. 14.10.2013 12.00 – 15.00 Uhr
Di. 15.10.2013 12.00 – 15.00 Uhr
Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02051/805160

Grundschule „Am Baum“

Mo. 14.10.2013 08.00 – 14.00 Uhr
Di. 15.10.2013 08.00 – 12.00 Uhr und 15.00 – 18.00 Uhr

Grundschule Sontumer Straße

Mo. 14.10.2013 14.00 – 17.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 15.00 – 17.00 Uhr

Grundschule Birth

Mo. 14.10.2013 ganztägig
 Di. 15.10.2013 ganztägig

Anmeldung nur nach vorheriger Terminabsprache, Mo. – Do. 7.45 Uhr – 12.45 Uhr, Tel.: 02051/25929-0

Grundschule Bergische Straße

Mo. 14.10.2013 08.30 – 13.00 Uhr und 14.00 – 18.00 Uhr
 Anmeldung nur nach vorheriger Terminabsprache, Mo., Mi. + Do. 7.30 Uhr – 12.30 Uhr, Tel.: 02051/53793

Wilhelm-Ophüls-Schule

Mo. 14.10.2013 08.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 17.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 08.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 17.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Di. + Fr., Tel.: 02052/961403

Max und Moritz Schule (ehemals Grundschule Hüserstraße und Grundschule Nierenhof)

Standort Hüserstraße

Mo. 14.10.2013 08.30 – 18.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 08.30 – 13.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02052/8399-0

Grundschule Kuhstraße

Mo. 14.10.2013 08.00 – 16.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 08.00 – 16.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02052/92713

Ev. Grundschule Velbert-Neviges

Mo. 14.10.2013 16.00 – 18.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 14.00 – 17.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02053/424290, E-Mail : 106732@schule.nrw.de

Kath. Grundschule Velbert-Neviges (am neuen Standort Goethestr. 41)

Mo. 14.10.2013 15.00 – 18.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 16.00 – 18.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02053/923260

Grundschule Tönisheide

Mo. 14.10.2013 15.00 – 18.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 15.00 – 18.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Di., Mi. + Do. 8.30 Uhr – 11.30 Uhr, Tel.: 02053/969130

Regenbogenschule

Mo. 14.10.2013 14.00 - 17.00 Uhr
 Di. 15.10.2013 15.00 - 17.00 Uhr

Vorherige Terminabsprache erbeten, Tel.: 02053/42288-0

Velbert, 26.09.2013

Stadt Velbert
 Der Bürgermeister
 In Vertretung

Holger Richter
 1. Beigeordneter

Öffentliche Zustellung

Gemäß § 1 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in Verbindung mit § 10 LZG NRW in der zurzeit gültigen Fassung werden die Grundabgabenbescheide der Stadt Velbert für das Jahr 2013 (Kassenzeichen 95054391) vom 05.07.2013 für Herrn

Chihat Akdas

(letzte bekannte Anschrift war Bahnstraße 64 in 40210 Düsseldorf)

durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt.

Eine Zustellung auf andere Art kann nicht erfolgen, da die derzeitige Anschrift des Steuerpflichtigen nicht festgestellt werden konnte.

Die Abgabenbescheide können bei der Stadtverwaltung Velbert – Steueramt –, Thomasstraße 1 A / Gebäude B, Zimmer B 002 von dem Steuerpflichtigen eingesehen werden.

Durch die Öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Velbert, 10.10.2013

Stadt Velbert
Der Bürgermeister
Im Auftrag Lorenberg (Sachbearbeiter)

Öffentliche Zustellung

Gemäß § 1 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in Verbindung mit § 10 LZG NRW in der zurzeit gültigen Fassung werden die Grundabgabenbescheide der Stadt Velbert für das Jahr 2013 (Kassenzeichen 95091537, 95297310 und 95297329) vom 05.07.2013 für Frau

Sabine Dettke

(letzte bekannte Anschrift war Ellenbogen 10 in 25992 List)

durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt.

Eine Zustellung auf andere Art kann nicht erfolgen, da die derzeitige Anschrift des Steuerpflichtigen nicht festgestellt werden konnte.

Die Abgabenbescheide können bei der Stadtverwaltung Velbert – Steueramt –, Thomasstraße 1 A / Gebäude B, Zimmer B 002 von dem Steuerpflichtigen eingesehen werden.

Durch die Öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Velbert, 10.10.2013

Stadt Velbert
Der Bürgermeister
Im Auftrag Lorenberg (Sachbearbeiter)